

Call for Papers

Jahrestagung der GWTF in Kooperation mit der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik des WZB am 29./30.11. 2013 in Berlin

„Prekäre Autonomien“

Mehr Autonomie durch Evaluationen?

(Dagmar Simon, Simon Roßmann; WZB)

Dieser Titel ruft zunächst einmal Widerspruch hervor, denn staatlich initiierte institutionelle Evaluationen werden in der gängigen Literatur als wissenschaftsexterne Intervention interpretiert, die die Autonomie der Wissenschaft gefährdet, zu Fehlwahrnehmungen und Fehlsteuerungen führen würden – selbst bei Peer Review-basierten Bewertungsverfahren wird diese Kritik dahingehend artikuliert, dass die Vertreter der Profession ihre eigenen Qualitätsmaßstäbe für „gute“ Forschung nicht angemessen zur Geltung bringen können.

In einem kürzlich abgeschlossenen Projekt der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik ging es um die spezifischen Funktionen von Evaluationen für staatliche Zuwendungsgeber unterschiedlich ausgerichteten Forschungseinrichtungen, eine Frage, der bislang in der Evaluations- und Wissenschaftsforschung wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Geht es dabei im Wesentlichen um eine symbolische Legitimationsfunktion oder wird mit diesem Instrumentarium wissenschaftspolitisch gesteuert? Interessant ist dabei insbesondere der Fall der Ressortforschung (eine Art intersystemische Organisation zwischen Wissenschaft und Politik), da im hierarchischen Verhältnis zwischen Ressort und Ressortforschung eine externe Evaluation eigentlich gar nicht vorgesehen war.

Die Ergebnisse der Untersuchung, die auf Interviews mit Vertretern der Ministerien als auch der Ressortforschungseinrichtungen basiert und vergleichend zwischen diesen und der Einrichtungen der Helmholtz – und Leibniz-Gemeinschaft angelegt war, sind in einigen Punkten zunächst verblüffend: Die Autonomie der Fachwissenschaftler/innen in ihrer Urteilsfindung im Bewertungsprozess wurde seitens der Ressorts anerkannt und eine Alternativlosigkeit hierzu konstatiert. Mehr noch: In vielen Fällen wurden die Forschungsaufgaben gestärkt und den Einrichtungen mehr institutionelle Autonomie für die Forschung zugestanden. In der Folge wurden Organisationsentwicklungsprozesse angestoßen, die gerade die Autonomie der Forschung (z. B. durch wissenschaftliche Beiräte) gewährleisten sollen.

Das Projekt greift dabei auf die akteurszentrierte Differenzierungstheorie (Schimank) zurück. Dabei interessieren insbesondere Phänomene gesellschaftlicher Des- und Überintegration zwischen Teilsystemen wie etwa Wissenschaft und Politik und es geht es um die

Möglichkeiten einer intentionalen Wiederherstellung eines gewünschten Aggregatzustands zwischen Des- und Überintegration. Dabei interessiert insbesondere die Funktion eines intermediären Dritten, im diesem Fall des Wissenschaftsrats – auch im Hinblick auf die Frage, ob die zum Teil gestärkte Autonomie der Forschungseinrichtungen institutionell betrachtet nicht eine „prekäre“ ist oder werden kann. Mit diesem Beitrag soll auch ein differenzierterer Blick auf die unterschiedlichen Funktionen von Evaluationen gerichtet werden.